

Call for Papers – deutsche Version

Policing Activism im Diskursfeld Israel-Palästina-Konflikt und Antisemitismus

Workshop des Arbeitskreises "Soziale Bewegungen und Polizei" im Institut für Protest- und Bewegungsforschung

Ort: Technische Universität Berlin, Institut für Soziologie, Frauenhofer Str. 33-38, 10587 Berlin

Datum: Freitag, 13.11.2026

Organisation: Katharina Fritsch (Wien), Mina Godarzani-Bakhtiari (Berlin), Philipp Knopp (Chemnitz), Peter Ullrich (Berlin)

Die Ereignisse nach dem 7.10.2023 - die Terrorattacke der Hamas auf Israel, die sich anschließenden Kriege und das damit verbundene Gewaltgeschehen - sind nicht nur Gegenstand internationaler politischer Debatten und juristischer Befassung (u.a. angesichts des mutmaßlichen Genozids an der Bevölkerung in Gaza), sondern auch Ausgangspunkt eines umkämpften weltweiten Protestzyklus mit vielfältigen Mobilisierungen.

Wir wollen uns im diesjährigen Workshop des ipb-Arbeitskreises "Soziale Bewegungen und Polizei" mit den zivilgesellschaftlichen Mobilisierungsprozessen im Themenfeld, den staatlichen (polizeilichen, geheimdienstlichen, justiziellen usw.) Reaktionen darauf, sowie den daran anschließenden gesellschaftlichen und medialen Aushandlungen befassen. Von Interesse sind palästinasolidarische ebenso wie israelsolidarische und antisemitismuskritische Proteste oder Protest-Gegenprotest-Konstellationen.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen um die Proteste sind in hohem Maße von Polarisierung und Emotionalisierung geprägt. Gleichzeitig lässt sich - regional und national unterschiedlich ausgeprägt - ein erhebliches Ausmaß an polizeilicher Repression (von Auflagen, über Verbote bis zu übermäßigen polizeilichen Gewaltanwendungen) gegenüber palästinasolidarischen Protesten beobachten.

Diese Entwicklungen lassen sich als Ausdruck breiterer gesellschaftlicher und politischer Konflikt dynamiken verstehen, die weiterer Forschung und Diskussion bedürfen.

In Bezug auf liberale Demokratien stellt sich die Frage nach illiberalen Entwicklungen im Versammlungsrecht und Protest Policing, die auch an weiteren besonders aufgeladenen, symbolträchtigen Protesten und den sie begleitenden Moralpaniken deutlich wurden, z.B. denen der "Letzten Generation". Eine daran anschließende Frage betrifft den Zusammenhang dieser Entwicklungen mit dem zunehmend verbreiteten Rechtsnihilismus in Bezug auf internationale Gerichtsbarkeit.

Zugleich stellt sich die Frage, inwieweit sich das polizeiliche und rechtliche Agieren in breitere Tendenzen und historische, insbesondere post-/koloniale Traditionen der polizeilichen Kontrolle migrantischer Bewegungen - etwa der kurdischen oder exiliranischen Bewegung - sowie der Solidarität mit diesen einordnen lässt und ob sich hierbei eine spezifische Form des Policing migrantischer und/oder rassifizierter ‚Anderer‘ bzw. von Themen und Kämpfen, die als solche konnotiert sind, erkennen lässt. Wie, so wäre zu fragen, verhält sich das Policing der Palästina-Solidaritätsbewegung zu dem der antikolonialen, Civil-Rights- oder Black-Power-Bewegungen der Geschichte und Gegenwart.

Vor allem in deutschsprachigen Kontexten stellt sich die Frage, inwieweit sich die Repression palästinensolidarischer Bewegungen in autoritäre oder karzerale Tendenzen des Anti-Antisemitismus einschreibt, die Grundrechte der Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit unterminieren können, bei gleichzeitig zu beobachtenden Entwicklungen der Verrechtlichung und Versicherheitlichung des gesamten Themenfeldes. Steht das repressive Polizieren also für eine umfassendere Entwicklungen, die nicht nur Protest betrifft, sondern weit darüber hinausgeht?

Proteste im Kontext internationaler Konflikte und transnationaler Bewegungen werfen dabei unweigerlich die Frage nach der Eignung zentraler Ansätze der Protest- und Bewegungsforschung auf. Bringen transnationale Gelegenheitsstrukturen, Framinganstrengungen und Protestrepertoires methodologisch-nationalistische Ansätze an ihre Grenzen? Bedürfen diese einer weltssystemorientierten Revision, die Bewegungen und Reaktionen vor dem Hintergrund geopolitischer Konflikte und Interessenlagen einordnet? Außerdem verweist der postfaschistische und postkoloniale Kontext vieler Länder wie der USA, Frankreichs, Deutschlands, Italiens oder Spaniens auf die Frage, inwiefern die Protest- und Bewegungsforschung und insbesondere das Forschungsfeld Protest Policing von post- und dekolonialen, rassismuskritischen sowie antisemitismuskritischen Theorien profitieren kann.

Wir laden Beiträge ein, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dieser gesellschaftlichen Konfliktkonstellation, ihren inneren Dynamiken und äußeren Bedingungen auseinandersetzen. Ein Fokus auf das Policing der Proteste (in einem umfassenden Sinne, der auch subtil-kontrollgesellschaftliche und diskursive Momente einschließt) ist wünschenswert, aber auch Beiträge zur Analyse der Proteste selbst sowie zu den Rückwirkungen der staatlichen Regulierung auf die Protestierenden sind von Interesse. Ausdrücklich sind Beiträge zu Protestdynamiken in der betroffenen Region und in den Ländern des globalen Südens erwünscht.

Beitragsvorschläge im Umfang von etwa einer halben bis einer Seite sowie eine kurze biografische Notiz zu den Vortragenden bitte bis 30. Juli 2026 an m.godarzani-bakhtiari@tu-berlin.de

Es sind Beitragsvorschläge in deutscher und englischer Sprache möglich.

Der Arbeitskreis „Soziale Bewegungen und Polizei“ befasst sich im Rahmen seiner jährlichen Workshops mit aktuellen empirischen, methodischen und theoretischen Fragen der Forschung über den polizeilichen Umgang mit Protest und sozialen Bewegungen. Mehr Informationen gibt es auf unserer [Website](#).

